

## Entschließungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

ZU:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses - Volksinitiative „Mehr als nur ein Summen - Insekten schützen, Kulturlandschaft bewahren!“ - Drucksache 7/733 vom 24.02.2020**

### **Insektenschutz in Brandenburg voranbringen**

Der Landtag stellt fest:

Der Landtag begrüßt, dass sich die Initiatoren der Volksinitiativen „Mehr als nur ein Summen - Insekten schützen, Kulturlandschaft bewahren“ und „Artenvielfalt retten - Zukunft sichern“ auf einen gemeinsamen moderierten Prozess verständigt haben, um Maßnahmen zum Schutz der Insekten und der biologischen Vielfalt zu vereinbaren und auf den Weg zu bringen.

In der Agrarlandschaft ist es aus Sicht des Landtages erforderlich, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die von den Landwirtinnen und Landwirten wirtschaftlich umgesetzt werden können. Das muss über Förderprogramme des Landes unterstützt werden.

Im Ergebnis der Beratungen sollten aus Sicht des Landtages insbesondere folgende Eckpunkte stehen, um die Anliegen der Volksinitiativen bestmöglich umzusetzen:

- Einrichtung eines Kulturlandschaftsbeirats
- Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Insektenforschung
- Erarbeitung von Förderprogrammen für den besseren Schutz der biologischen Vielfalt in der Landwirtschaft bei möglichst weitgehender Kopplung von Fördermitteln an Gemeinwohlleistungen
- Fortschreibung des Maßnahmenprogramms Biologische Vielfalt und Förderung der Weidetierhaltung
- gesetzliche Regelungen zur extensiven Landnutzung in Naturschutzgebieten, FFH-Gebieten und Gewässerrandstreifen nach einer Analyse der Betroffenheit und Regelung von Ausgleichsmöglichkeiten für Landnutzerinnen und Landnutzer
- gesetzliche Regelung zur ökologisch vorbildlichen Bewirtschaftung von Landesflächen
- Maßnahmen zur Steigerung des Anteils der Fläche der ökologischen Landwirtschaft
- Erarbeitung einer Pestizidreduzierungsstrategie für Brandenburg
- Förderung von kommunalen Initiativen und Projekten zum Schutz der biologischen Vielfalt

Eingegangen: 25.02.2020 / Ausgegeben: 25.02.2020

- Aufstellung eines ressortabgestimmten Maßnahmenpakets zur Verringerung des Flächenverbrauchs.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die anstehenden Gespräche in diesem Sinne zu unterstützen und die Realisierung dieser Forderungen zu ermöglichen.

Begründung:

Um den weiteren Verlust der biologischen Vielfalt in der Kulturlandschaft zu stoppen, sind umfassende Maßnahmen erforderlich. Den Rahmen dafür bieten die kombinierten Forderungen der beiden Volksinitiativen. Die anstehenden Gespräche zwischen den Interessengruppen (Umweltverbände, Landnutzerverbände) sind wichtig, um einen Interessenausgleich zu erreichen und wirtschaftliche Härten für Landnutzerinnen und Landnutzer zu vermeiden. Deshalb muss die Ausgestaltung der einzelnen Forderungen Gegenstand der Gespräche sein. Es muss jedoch vermieden werden, dass es grundlegende Abstriche an den Anliegen der beiden Volksinitiativen gibt, die insgesamt von rund 100.000 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt worden sind. Deshalb wird die Landesregierung aufgefordert, die Umsetzung der grundlegenden Forderungen konstruktiv zu begleiten und zu ermöglichen.